

Sahra Wagenknecht

**SPIEGEL
Bestseller**

Jetzt als Taschenbuch

DIE SELBST- GERECHTEN

**Mein Gegenprogramm –
für Gemeinsinn und
Zusammenhalt**

Mit
neuem
Vorwort

campus

DIE SELBSTGERECHTEN

Sahra Wagenknecht ist promovierte Volkswirtin, Publizistin und Politikerin, Mitglied des Bundestags für die Partei Die Linke, für die sie auch im Europäischen Parlament saß. Von 2010 bis 2014 war sie Stellvertretende Parteivorsitzende, von 2015 bis 2019 Vorsitzende der Linksfraktion. Bei Campus sind ihre Dissertation *The Limits of Choice* und ihre Bücher *Freiheit statt Kapitalismus* (2012), *Reichtum ohne Gier* (2016/2018) und *Die Selbstgerechten* (2021) erschienen.

Sahra Wagenknecht

DIE SELBST- GERECHTEN

Mein Gegenprogramm –
für Gemeinsinn und
Zusammenhalt

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51610-3 Print
ISBN 978-3-593-45239-5 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-45238-8 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Umschlagmotiv: © Nadine Dilly

Satz: DeinSatz Marburg | lf

Gesetzt aus der Minion und der FF Unit Pro

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

INHALT

Zeitenwende – Vorwort zur Taschenbuchausgabe	9
Vorwort	25

Teil I

DIE GESPALTENE GESELLSCHAFT UND IHRE FREUNDE

1. Moralisten ohne Mitgefühl	39
Die Lifestyle-Linke: weltläufig und sprachsensibel	39
Bessergestellte unter sich	52
Die Wähler ergreifen die Flucht	60
2. Große Erzählungen	73
3. Solidarität, Triumph und Demütigung: Die Geschichte der Arbeiter	83
Nichts zu verlieren	83
Die Norm als Befreiung	87
Der Abstieg: Wenn Industrien und Zusammenhalt verschwinden	92
4. Die neue akademische Mittelschicht	107
Gut bezahlte Dienstleistungsberufe für Hochschulabsolventen	107
Abschottung nach unten und die Wiederkehr des Bildungsprivilegs	114
Neue Erzählungen: Der Neoliberalismus und die Nach-68er-Linke ..	121

5. Der Linksilliberalismus –	
Maggie Thatchers größter Erfolg	129
Privilegierte Opfer – die Identitätspolitik	129
Parallelgesellschaften und die Auflösung der Gemeinsamkeit	149
Sozialpolitik als Minderheitenprojekt	160
Die »offene Gesellschaft«: Mauern im Inneren	164
6. Zuwanderung – wer gewinnt, wer verliert?	177
Ärzte aus Syrien und Afrika	177
Die vergessenen Flüchtlinge	188
Billige Arbeitskräfte	192
Wohnen im Brennpunkt	205
7. Das Märchen vom rechten Zeitgeist	213
Wer wählt rechte Parteien?	213
Leerstelle im politischen System: Wenn Mehrheiten keine Stimme mehr haben	222
Hohepriester des Wirtschaftsliberalismus: Elitenprojekt EU	229
Gegen das Establishment – Underdog als Erfolgsrezept	234
Der Zeitgeist: Sehnsucht nach Anerkennung, Sicherheit und einem guten Leben	240
Teil II	
 EIN PROGRAMM FÜR GEMEINSAMKEIT, ZUSAMMENHALT UND WOHLSTAND	
8. Warum wir Gemeinsinn und Miteinander brauchen	251
Klüger als der Homo oeconomicus	251
Wenn der Kitt sich auflöst	260
Gemeinschaftswerte: Zugehörigkeit als Zukunftsentwurf	266

9. Nationalstaat und Wir-Gefühl:	
Weshalb eine totgesagte Idee Zukunft hat	277
Kein Zurück zum Nationalstaat?	277
Bürger ihres Landes: Geschichte und Kultur statt Gene	285
Für ein Europa souveräner Demokratien	292
10. Demokratie oder Oligarchie:	
Wie wir die Herrschaft des großen Geldes beenden	299
Was früher besser war	299
Meinungsmacht, Filterblasen und gekaufte Wissenschaft	305
Ein schwacher Staat ist ein teurer Staat	309
Republikanische Demokratie: Der Wille der Mehrheit	314
Volksentscheid und Losverfahren	321
11. Fortschritt statt Fake: Leistungseigentum	
für eine innovativere Wirtschaft	325
Wenn Anstrengung und gute Ideen nicht mehr honoriert werden	325
Warum der Kapitalismus innovationsfaul wurde	329
Ehrliche Umweltpolitik statt Preiserhöhungen und Lifestyle-Debatten	340
Ein neues Leistungseigentum	349
Motivierend und gerecht: Für eine echte Leistungsgesellschaft	354
Wohin mit den Schulden? Für ein stabiles Finanzsystem	360
Warum De-Globalisierung unser Leben verbessert	370
12. Eine digitale Zukunft ohne Datenschnüffler	377
Sie überwachen alles	377
Die andere Digitalisierung: Europas Chance	389
Schluss	393
Weiterführende Literatur	399
Anmerkungen	401

ZEITENWENDE – DER LINKSLIBERALISMUS UND DER ABSCHIED VON DER LIBERALEN GESELLSCHAFT

VORWORT ZUR TASCHENBUCHAUSGABE

Die Denkströmung des modernen *Linksliberalismus*, die Linkssein in erster Linie über Lifestyle-Fragen und moralische Haltungsnoten definiert und dabei die Privilegien gut situerter Großstadtakademiker mit persönlichen Tugenden verwechselt, ist ein zentraler Gegenstand dieses Buches. In ihm wird erklärt, warum der moderne Linksliberalismus weder *links* noch *liberal* ist und wie er den alten wirtschaftsliberalen Politikempfehlungen nach der Jahrtausendwende ein frisches, progressives Image verpasst hat. Außerdem wird beschrieben, welche Veränderungen im Sozialgefüge dem Aufstieg des Linksliberalismus zum Meinungsführer in der öffentlichen Debatte der meisten westlichen Länder zugrunde lagen.

Es sind auch anderthalb Jahre nach Erscheinen des Buches immer noch die gleichen Meinungsführer und die gleichen Medien, die die öffentliche Diskussion in unserem Land prägen. Die Dominanz des Linksliberalismus wurde durch den Regierungseintritt der Grünen als *der* linksliberalen Partei *par excellence* sogar weiter verstärkt. Aber die linksliberalen Erzählungen haben sich verändert. Ihr Sound ist kaum noch wiederzuerkennen.

Wenige Tage nach dem Überfall Russlands auf sein Nachbarland am 24. Februar 2022 hielt der deutsche Bundeskanzler im Bundestag eine mit stehenden Ovationen gefeierte Rede, in der er eine *Zeitenwende* beschwor. Nichts sei mehr wie zuvor, mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges seien wir in einer anderen Welt aufgewacht. Deshalb müsse sich auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik grund-

sätzlich neu orientieren. Konkret kündigte Olaf Scholz gewaltige Rüstungsvorhaben an, für deren Finanzierung zusätzliche Schulden in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgenommen werden. Außerdem stellte Scholz der ukrainischen Führung Waffenlieferungen in Aussicht, deren Umfang und militärische Zerstörungskraft in den Folge-monaten immer größer wurden.

Scholz' *Zeitenwende* bedeutet für Deutschland aber nicht nur das definitive Ende der Ära militärischer Zurückhaltung. Der von vielen SPD-Politikern mit Reue, Scham und Buße zelebrierte Abschied von der unter Willy Brandt eingeleiteten und von seinen Amtsnachfolgern mehr oder minder fortgesetzten Entspannungspolitik, ohne die es die deutsche Wiedervereinigung wahrscheinlich nicht gegeben hätte, hat auch dramatische ökonomische Folgen. Denn angestrebt wird eine vollständige Neuausrichtung der deutschen Handelsbeziehungen und der Abbruch möglichst aller wirtschaftlichen Kontakte zu unserem großen europäischen Nachbarn im Osten, wobei der geplante Verzicht auf die vergleichsweise billige russische Energie und die russischen Rohstoffe besonders schwerwiegt. Denn sie waren und sind Existenzbedingungen einer wettbewerbsfähigen deutschen Industrie, und Ersatz, zumal bezahlbarer, ist nirgends in Sicht.

Aber was zählen harte Wirtschaftsdaten, und auch unschöne historische Reminiszenzen stören offenbar nicht: Die grüne Außenministerin will »Russland ruinieren«!¹ Auf diesem zweifelhaften Pfad hasten und taumeln die Ampelpolitiker seither wie Getriebene, denen ein Blick zurück oder auf abzweigende Seitenwege streng untersagt ist. Es geht immer nur in eine Richtung. Egal, wo der Weg endet. Egal, ob die Sanktionen wirken. Egal, wie hoch der Preis ist, den wir dafür zahlen.

Dabei bestehen die Wegmarkierungen aus schlichten, einprägsamen Botschaften: Putin ist der neue Hitler. Mit Putin zu verhandeln ist Appeasement-Politik. Wer mit einem Aggressor Handel treibt, macht sich schuldig. Die Ukrainer kämpfen für unsere Freiheit und sterben für Europa. Die Ukraine muss diesen Krieg militärisch gewinnen. Dafür müssen wir ihr immer mehr und immer leistungsfähigere Waffen liefern. Sonst steht der Russe bald vor unserer Tür.

Kriege werden nicht nur mit Panzern und Raketen geführt, sie brauchen auch emotional eingängige Erzählungen, um die Öffentlichkeit bei der Stange zu halten. Da den wirklichen Kriegsgründen meist wenig Romantik innewohnt, können Nazi-Vergleiche oder einfach erfundene Geschichten für die nötige Emotionalisierung sorgen. Schon die Bombardierung von Belgrad durch die NATO wurde mit dem moralischen Imperativ »Nie wieder Auschwitz« gerechtfertigt. Dass es den sogenannten Hufeisenplan, mit dem angeblich sämtliche Albaner aus dem Kosovo vertrieben werden sollten, und die serbischen Konzentrationslager nie gab, erfuhr die interessierte Öffentlichkeit im Nachhinein. Unvergessen auch der tränenreiche Auftritt der Tochter des kuwaitischen Botschafters vor dem amerikanischen Kongress, die zur Einstimmung auf den ersten Irak-Krieg als angebliche Krankenschwester schilderte, wie irakische Soldaten kuwaitische Frühchen brutal aus ihren Brutkästen gerissen hätten. Die PR-Agentur Hill & Knowlton hatte das Setting damals professionell arrangiert und vermutlich vorher mit dem Mädchen geprobt. Etwas weniger anrührend war die Rede von US-Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, in der er den versammelten Nationen der Welt die Lüge auftischte, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen. »Wir haben gelogen, wir haben betrogen und wir haben gestohlen. Wir hatten ganze Ausbildungskurse darin«,² fasste Ex-CIA-Chef Mike Pompeo diese Praxis einmal gut gelaunt zusammen.

Heute erzählt Putin dem russischen Volk, bei seiner *Spezialoperation* gehe es vor allem um den Kampf gegen ukrainische Nazis und den dortigen Faschismus. Große angelsächsische PR-Agenturen wiederum machen uns das Gleiche im Hinblick auf Russland weis. Wenn man Putin nicht stoppt, so die Botschaft, überfällt er morgen Polen und übermorgen marschiert er durchs Brandenburger Tor. Durch diese Deutung wurde aus einem regionalen Konflikt *unser* Krieg, den wir jetzt, koste es, was es wolle, führen müssen. Und es kostet viel, vor allem für Europa und ganz besonders für Deutschland. Aber die Frage »Wem nützt es?« stellen ja heute nur noch *Verschwörungstheoretiker*.

Die letzten Monate sind ein Lehrbeispiel dafür, in welchem Ausmaß emotional wirkmächtige Erzählungen – professionell aufbereitet, mit ausdrucksstarken Bildern unterlegt und mit geballter Medienmacht nahezu ohne Störgeräusch abweichender Meinungen in jedes Wohnzimmer und auf jedes Smartphone gesendet – das rationale Denken blockieren können. Selbst das untrügliche Gespür, das Menschen normalerweise für ihre eigenen Interessen haben, kann unter solchen Bedingungen ausgeschaltet werden. Nicht bei allen und wahrscheinlich auch nicht auf unbegrenzte Zeit, aber doch bei sehr vielen und bemerkenswert lange.

Es stimmt: Russland hat einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig, brutal und durch nichts zu rechtfertigen. Darüber kann und sollte man sich empören. Doch worin besteht die »Zeitenwende«? Waren all die anderen völkerrechtswidrigen, brutalen und durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskriege, die allein in den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts in bedenklich großer Zahl stattgefunden haben, weniger empörens wert? Ist neuerdings jeder Aggressor ein Wiedergänger Hitlers? Und weshalb dürfen die USA, Saudi-Arabien oder die Türkei auf dem Staatsgebiet anderer Länder bomben, foltern und Kriegsverbrechen begehen, ohne dass solche Untaten jemals mit Sanktionen geahndet werden?

Im Namen des »Kriegs gegen den Terror« haben allein die Vereinigten Staaten sieben Länder überfallen. Sie und ihre Verbündeten haben im Irak oder in Libyen ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht. Sie haben geächtete Waffen wie Streubomben und Uranmunition eingesetzt. Sie haben in Afghanistan, Pakistan, Syrien, dem Jemen oder Somalia bisher über 100 000 Angriffe mit Drohnen ausgeführt und dabei Frauen und Kinder zerfetzt, die das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein. Sie haben Staaten, die ihren Bürgern zuvor Stabilität und einen gewissen Wohlstand bieten konnten, in unregierbare *Failed States* verwandelt, deren Bewohner sich seither gegenseitig massakrieren, weil islamistische Banden um die Macht kämpfen. Niemand kennt die genaue Zahl der Opfer dieser Kriege, sicher ist, dass sie die Million übersteigt.

Heute geschieht in der Ukraine Schreckliches. Auch hier sterben Frauen und Kinder und von vielen Städten und Dörfern in den Kampfgebieten sind nur noch rauchende Ruinen übrig. Aber weshalb soll ausgerechnet dieser Krieg die Welt zu einer anderen gemacht haben?

Wenn Menschen leiden, die aussehen wie wir, kulturell ähnlich geprägt sind wie wir und in derselben Supermarktkette ihre Einkäufe erledigen, gibt es naturgemäß ein stärkeres Mitempfinden, als wenn die gleiche Grausamkeit in einem uns fremden Winkel der Welt geschieht. Das Nahe bewegt uns mehr als das Ferne. Das ist menschlich und emotional verständlich. Verwerflich wird es, wenn politisch gebildete Meinungsführer, die uns gestern noch mit großer Geste belehrt haben, dass Solidarität *unteilbar* ist, auf der Klaviatur solcher Emotionen spielen.

Vor dem russischen Überfall auf die Ukraine verhungerte weltweit alle zehn Sekunden ein Kind, ohne dass dieses Verbrechen unser politisches Personal sonderlich berührte. Wenn der Ukraine-Krieg nicht bald endet, könnte sich die Zeitspanne auf 9 Sekunden verkürzen. Und jetzt sorgt man sich plötzlich um das Welthungerproblem? Diese doppelten Standards und die kaum kaschierte Scheinheiligkeit sind im Übrigen auch der wichtigste Grund dafür, dass die westlichen Russland-Sanktionen ins Leere laufen mussten. Mit Blick auf das alltägliche Unrecht in so vielen Teilen der Welt, für das westliche Politiker und westliche Großunternehmen direkte Mitverantwortung tragen, haben die meisten Länder schlicht keinen Grund gesehen, sich an den Boykottmaßnahmen zu beteiligen.

Auch wenn sich auf unserem Planeten seit Februar vieles zum Schlechten verändert hat, eine weltpolitische *Zeitenwende* markiert der Kriegsbeginn nicht. Wir lebten damals und wir leben heute in einer Welt, in der der Einsatz militärischer Gewalt zur Erreichung politischer oder wirtschaftlicher Ziele in vielen Regionen eine traurige Selbstverständlichkeit ist; in der schlimmes Leid und auch der Tod von Menschen gleichgültig in Kauf genommen werden, wenn es den Geschäften nützt; in der Menschenrechte von Diktatoren mit Füßen getreten werden, auch von solchen, mit denen wir enge Handelsbe-

ziehungen pflegen oder die unser grüner Wirtschaftsminister jetzt mit einem tiefen Bückling als neue Gas- oder Öl-Lieferanten umwirbt. Und wir leben in einer Welt, in der Kriege fast immer nur dadurch beendet werden konnten, dass die Kriegsparteien irgendwann, zermürbt und erschöpft, doch miteinander zu reden begannen. Stets kam dabei am Ende ein Kompromiss heraus, der bei gutem Willen schon sehr viel früher und mit Zehntausenden Toten weniger hätte gefunden werden können.

Eine echte *Zeitenwende* würden wir erleben, wenn Krieg als Mittel der Politik endlich global geächtet und die westliche Welt in dem Bemühen vorangehen würde, widerstreitende Interessen durch eine Politik der Entspannung und des gegenseitigen Respekts zum Ausgleich zu bringen. Eine *Zeitenwende* wäre es, wenn niemand mehr mit Waffenlieferungen an Kriegsparteien Bombengeschäfte machen könnte. Vielleicht nicht alle, aber sehr viele Kriege könnten dadurch beendet werden oder hätten nie begonnen, unendliches Leid wäre der Menschheit erspart geblieben.

Auch in Bezug auf die Sinnhaftigkeit der aktuellen Aufrüstung stellt sich die Frage: Hätte der Ukraine-Krieg etwa verhindert werden können, wenn die NATO-Staaten, die in den letzten Jahren achtzehnmal so viel für Rüstung ausgegeben haben wie Russland, das russische Militärbudget schon damals um das Zwanzig- oder gar Dreißigfache übertroffen hätten? Oder liegt eine zentrale Ursache des Konflikts nicht eher in der Demütigung, die die Führung eines großen Landes empfinden muss, wenn man ihre lautstark und in zunehmender Schärfe vorgetragenen »roten Linien« ungerührt überschreitet?

Unser Planet wird wohl kaum ein sichererer Ort, wenn immer mehr Ressourcen in den Bau und die Perfektionierung von Mordmaschinen fließen, statt in die Bildung unserer Kinder, die Erforschung umweltschonender Technologien oder unsere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Selbst im Kalten Krieg waren sicherheitspolitische Absprachen, wirtschaftliche Kooperation und sogar Abrüstungsverträge möglich, während heute jedes Telefonat mit dem russischen Präsidenten unter Rechtfertigungsdruck steht und die Wertschätzung

von Diplomatie und Interessenausgleich einer brachialen Rhetorik militärischer Stärke gewichen ist.

Wenn es irgendwo eine Art Zeitenwende gab, dann hat sie in der öffentlichen Debatte in Deutschland stattgefunden. Zwar geben linksliberale Protagonisten hier unverändert den Ton an. Aber ihre Erzählung, die Werte und Vorbilder, für die sie werben, sind kaum noch wiederzuerkennen. Der empfindsame Individualist, der »toxische Männlichkeit« verabscheut, schon »Mikroaggressionen« fürchtet und nach Selbstverwirklichung strebt, hat nicht mehr viele Freunde. Die neuen Helden des Linksliberalismus sind mannhaft, furchtlos und jederzeit bereit, für ihr Land in den Tod zu gehen. Ein Präsident im olivgrünen Shirt mit demonstrativ ungepflegtem Bartwuchs und tiefen Augenrändern, der schon vor Jahren Oppositionelle verfolgen ließ,³ während er sein Vermögen in Steueroasen versteckte, und der heute seine Landsleute zu Härte, zum Basteln von Molotowcocktails und zum Lynchen von *Kollaborateuren* aufruft, gilt neuerdings in linksliberalen Kreisen als *Freiheitsikone*. Und wenn sein mittlerweile aberufener Botschafter deutsche Schriftstellerinnen und Philosophen, die für eine Verhandlungslösung werben, in faschistoidem Ton als »bunch of pseudo-intellectual losers« beleidigt, die die Klappe halten und sich zum Teufel scheren sollen,⁴ leuchten im linksliberalen Debattenraum keine »Triggerwarnungen« auf, sondern der Mann wird für seine Geradlinigkeit und klare Ausdrucksweise gelobt.

Ansonsten wird der Sprachkampf gegen vermeintlich verletzende Worte zwar immer noch mit Leidenschaft geführt. Wer es wagt, von *Mitarbeitern* statt *Mitarbeitenden* zu reden oder das Stottern beim Sternchen vergisst, hat schnell seine Karriere verspielt. Aber wo es um echte, tödliche Verletzungen geht, da hört die Sensibilität auf. *Kriegsmüdigkeit* wird nicht mehr geduldet,⁵ und wer die Lieferung schwerer Waffen in ein Kriegsgebiet mit der altlinken Begründung ablehnt, dass sie nur zur Verlängerung der Kämpfe und zu noch mehr Opfern führen, sieht sich unversehens als *Lumpenpazifist* exkommuniziert.⁶

Einstige Wehrdienstverweigerer kennen plötzlich die exakten Namen aller in Deutschland produzierten Panzertypen und ihre Wort-

wahl vermittelt den Eindruck, sie würden am liebsten gleich selbst im Leopard mit geladenem Rohr gen Russland rollen. Sogar ihre wohlbehüteten Kinder rufen nicht mehr nur nach Fleischverboten, E-Autos und offenen Grenzen, sondern auch nach der Verschickung von schwerem militärischem Gerät, obwohl dessen Einsatz im Ukraine-Krieg kaum CO₂-neutral zu gestalten ist. Die deutsche Bevölkerung wiederum wird aufgefordert, gefälligst auch mal *Opfer* zu bringen. Wer schon nicht für die Freiheit kämpft, soll wenigstens für sie *frieren*.

Sogar das Nationale erfährt eine unverhoffte Rehabilitation. Urbane *Weltbürger*, denen jedes Deutschlandfähnchen während der Fußballweltmeisterschaft noch körperliche Schmerzen verursacht hatte, schmücken ihre Twitter-Accounts mit blau-gelben Farben, und in hippen Trendvierteln wehen ukrainische Flaggen an Fenstern und Balkonen. War der Nationalstaat gestern noch ein überholtes Relikt alter Zeiten, ist heute jeder Quadratkilometer ukrainischen Territoriums Tausende Menschenleben wert. Und galt die Frage nach jemandes Herkunft kürzlich noch als unanständig, müssen sich russischstämmige Künstler und sogar Schulkinder mittlerweile wortreich von Putin distanzieren, wenn sie wohlgeleitene Mitglieder unserer Gesellschaft bleiben wollen.

Man könnte den Eindruck gewinnen, im Linksliberalismus habe sich eine geradezu Nietzscheanische *Umwertung aller Werte* vollzogen. Auf den ersten Blick ist das verblüffend. Wieso bedienen sich Vertreter einer Denkströmung, die gestern noch Wert auf ihren Individualismus und ihre Weltläufigkeit legte, seit Neuestem eines Vokabulars, das Erinnerungen an die dunkelsten Zeiten des preußischen Militarismus wach werden lässt? Wie werden aus hypersensiblen Identitätspolitikern, die die Gefühle jeder noch so kleinen Randgruppe in einen eigenen *Safe Space* einbetten wollten, abgebrühte Waffenfreunde, die sich für Haubitzen und Raketenwerfer interessieren und den Krieg gegen Russland bis zum letzten Ukrainer fortsetzen möchten? Und wie lässt sich der Kampf gegen den Klimawandel mit der Unterstützung einer bisher für deutsche Verhältnisse unvorstellbaren Aufrüstung und dem Kauf von Fracking-Gas vereinbaren?

Natürlich ist das linksliberale Milieu nicht das einzige, in dem seit dem russischen Überfall auf die Ukraine eine alarmierende Kriegsbesoffenheit ausgebrochen ist. Auch unter Konservativen und Liberalen gibt es militante Transatlantiker und beinharte Rüstungslobbyisten, die mit ihren Forderungen nach Waffenlieferungen und atomarer Hochrüstung den Tonfall der Debatte mitgeprägt haben. Aber das ist im Grundsatz nicht neu und auch nicht wirklich überraschend. Neu ist, dass sich die Beiträge grünaffiner Lifestyle-Linker in Kriegsfragen durch besondere Aggressivität hervortun und öffentliche Widerworte aus diesem politischen Spektrum noch seltener zu hören sind als aus konservativen Kreisen oder von den wenigen verbliebenen traditionellen Sozialdemokraten. Aus dem, was sich heute *linker* Flügel der SPD oder gar der Grünen nennt, kommt im besten Fall Schweigen, im schlechteren brachiale Kriegsrhetorik.

Dafür gibt es Gründe. Der wichtigste dürfte sein, dass die Erzählung von der *Zeitenwende*, von der neuen Welt, in der wir plötzlich aufgewacht sind und in der der freie Westen, wir, die *Guten*, gegen das wiederauferstandene *Reich des Bösen* kämpfen und für diesen gerechten Kampf auch Opfer bringen müssen, in ihrer märchenhaften Moralisierung von Politik geradezu perfekt zu einer Denkströmung passt, die sich schon immer vor allem über Moral und Haltung definiert hat und in der die Frage nach Nutzen und Schaden seit jeher als zweitrangig galt. Liberale, Konservative und traditionelle Linke haben in der Regel gelernt, auch über Interessen oder über Kosten zu reden. Sie tendieren eher dazu, nicht nur die hehren Absichten, sondern auch die realen Folgen in die Beurteilung von Handlungen einzubeziehen. Wer dagegen gewohnt war, vor allem nach einer moralisch einwandfreien Einstellung zu fragen, wer sich über den Kampf um politisch korrekte Sprechblasen politisiert hat und wen vor allem das Bestreben antreibt, sich dadurch *gut zu fühlen*, dass man zu den *Guten* gehört, bei dem findet der neue Sound einen nahezu idealen Resonanzraum.

Mit doppelten Standards wiederum hatte der Linksliberalismus noch nie Probleme. Man musste immer zu den *richtigen Opfern* gehören, um sich für sein Engagement zu qualifizieren. Über *Diversity*

und Quoten wurden Verteilungskämpfe unter Privilegierten ausgefochten, während sich die Bildungs- und Aufstiegschancen ärmerer Kinder, viele davon aus Einwandererfamilien, durch öffentliche Sparprogramme deutlich verschlechterten. Linksliberale forderten offene Grenzen und ein Bleiberecht für alle und wussten ganz genau, dass ihre teuren Innenstadtbezirke vor Zuwanderung besser geschützt waren als Viktor Orbáns Ungarn. Sie kämpften heroisch gegen *Sexismus* und schufen die gesetzlichen Grundlagen für einen Niedriglohnsektor, in den dann vor allem Frauen abgedrängt wurden. In Corona-Zeiten twitterten sie *#Wirbleibenzuhause* und verbunkerten sich in ihren Altbauflats, während der weniger begünstigte Teil der Bevölkerung ihnen ihr Essen und ihre Online-Bestellungen an die Wohnungstür schleppte. Und jetzt ist man eben sprachsensibel und belizistisch, es ist nur eine weitere Facette dieser strukturell bigotten Denkart, die ihren Anhängern Vernunft und rationales Denken systematisch abtrainiert und es durch quasireligiöse Glaubenssätze, Gefühlsduselei und Betroffenheitskult ersetzt.

Aber der vermeintlich grüne Linksliberalismus, den man vor Jahren noch für eine arglose Spinnerei von großstädtischen Bio-Bohemians und satten Wohlstandskids hätte halten können, treibt heute nicht nur Aufrüstung und Militarisierung voran und ist mitverantwortlich dafür, dass die Gefahr einer atomaren Eskalation in Europa wächst. Er streitet auch mit großer Verve und beängstigendem Erfolg dafür, dass abweichende Meinungen in der öffentlichen Diskussion möglichst nicht mehr vorkommen.

Zwar ist in linksliberalen Debatten ständig von Minderheiten die Rede, deren Befindlichkeiten und Gefühle vor allen Zumutungen des Lebens geschützt werden sollen. Aber wehe, eine Minderheit wagt es, nicht nur Gefühle, sondern auch eine Meinung zu haben, die sich von der des linksliberalen Mainstreams unterscheidet. Dann ist es vorbei mit der viel beschworenen Toleranz. Und zwar egal, ob der Delinquent behauptet, es gebe biologisch nur zwei Geschlechter, ob er mangelnde Begeisterung für militärische Konfliktlösungen erkennen lässt, die Corona-Impfung nicht für ein Allheilmittel hält oder die

Ansicht vertritt, das islamische Kopftuch sei ein Unterdrückungssymbol. Er kann auch irgendeine andere Verrücktheit infrage stellen, die im linksliberalen Mainstream gerade en vogue ist. Die Reaktion erfolgt prompt. Er wird mit einem Fanatismus bekämpft und geächtet, den wir sonst vor allem von religiösen Eiferern und aus der extremen Rechten kennen.

Dieser illiberale Zug des Linksliberalismus hängt unmittelbar mit seinem Selbstverständnis zusammen. Wer die eigene Weltsicht nicht für eine Meinung, sondern für eine Frage der Moral und des Anstands hält, für den ist jeder Andersdenkende mindestens ein schlechter Mensch und wahrscheinlich sowieso ein Nazi. Andere Auffassungen werden dann nicht mehr als Bereicherung der demokratischen Debatte empfunden, sondern als *unerträgliche* Belästigung, deren man sich entledigen muss. Und je homogener die Meinungsblase, in der der Linksliberale sich zu Hause fühlt, desto mehr verstärkt sich dieser Trend. Die *Cancel Culture* wütete zunächst vor allem an Universitäten, in Zeitungsredaktionen und im Kulturbetrieb. Inzwischen betrifft sie die gesamte Gesellschaft.

Doch eine liberale Demokratie lebt von Meinungsvielfalt, gegenseitigem Respekt und dem fairen Austausch von Argumenten. Der Presse kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, diese Vielfalt abzubilden und einen offenen Disput zu ermöglichen. Genau dafür wurde einst auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk gegründet. Wenn zahlreiche Journalisten sich im Namen eines vermeintlichen *Haltungsjournalismus* eher als Erziehungsbeauftragte des Volkes denn als kritische Kontrolleure der Regierung verstehen und viele Medien dadurch am Ende eher der *Meinungsmache* als der *Meinungsbildung* dienen, ist das für ein demokratisches System ein ernstes Problem. Wenn schließlich riesigen Internetgiganten die Macht eingeräumt wird, die Diskussion in den sozialen Medien durch intransparente Algorithmen zu steuern und willkürlich Posts und ganze Accounts zu löschen, hört auch das Netz auf, ein Refugium der freien Debatte zu sein.

Seit Corona und noch einmal verstärkt seit Ausbruch des Ukraine-Krieges haben die öffentliche Diffamierung, Stigmatisierung und Aus-

grenzung abweichender Meinungen und der damit verbundene soziale Konformitätsdruck Ausmaße erreicht, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar waren. Daran haben auch konservative Medien und Politiker mitgewirkt, aber die linksliberalen waren die Eifrigsten.

Gerade die Corona-Zeit lehrt uns, wie fragil die liberalen Grundfeiler unserer Gesellschaft sind und wie schnell sie in einer Situation der Anspannung brechen können. Inzwischen hat eine von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission bestätigt, dass es für die meisten Corona-Maßnahmen nie eine seriöse wissenschaftliche Rechtfertigung gab. Die gravierenden Freiheitseinschränkungen, von Schulschließungen über die Verriegelung von Cafés, Theatern und Geschäften bis hin zu Ausgangssperren, waren demnach weder notwendig noch angemessen noch verhältnismäßig.

Das konnte im Frühjahr 2020 niemand wissen, weil das Virus neu und unbekannt war, aber schon ein Jahr später entfiel diese Entschuldigung. Spätestens dann hätte das Vorgehen der Bundesregierung, die Gesellschaft in Angststarre zu versetzen, um ohne valide Begründung elementare Grundrechte auszuhebeln, massiven öffentlichen Widerspruch hervorrufen und Gerichte dazu bringen müssen, die übergriffige Politik zu stoppen. Nichts davon geschah.

Nun ging es bei den damaligen Grundrechtseinschränkungen weniger um den Kampf gegen andere Meinungen als um den hilflosen Versuch, angesichts eines grassierenden Virus den vermeintlich einfachsten Weg zu wählen. Und es war bis Herbst 2021 auch noch eine CDU-Kanzlerin, die für diese Entscheidungen die Verantwortung trug. Aber ihre entschiedensten Befürworter kamen schon damals aus dem linksliberalen Milieu, und in diesen Kreisen trieben auch Blockwartmentalität und Denunziantentum ihre hässlichsten Blüten.

Noch schlimmer wurde es nach Amtsantritt der Ampel im Herbst 2021, als die Werbung für die mittlerweile verfügbare Corona-Impfung, die gerade für Ältere sicherlich sinnvoll war, in eine wüste Hetzjagd gegen jene Minderheit umschlug, die von ihrem Recht Gebrauch machte, sich gegen eine Spritze mit dem neuartigen Impfstoff zu entscheiden. Heute bestreitet niemand mehr, dass die Impfung schwere

Nebenwirkungen verursachen kann. Und schon damals war bekannt, dass auch Geimpfte das Virus übertragen können und dass die Engpässe in Krankenhäusern und Intensivstationen vor allem auf den Pflegenotstand und den Bettenabbau in einem auf Rendite getrimmten Gesundheitssystem zurückzuführen waren und nicht auf ungeimpfte Corona-Patienten, deren genaue Zahl übrigens niemand kannte, weil auch diese Daten nie seriös erhoben wurden.

Dennoch wurde die Minderheit der *Ungeimpften* während der zweiten Corona-Welle zur Zielscheibe einer für die jüngere Geschichte beispiellosen öffentlichen Diffamierungskampagne. Und Linksliberale waren erneut die lautesten, wenn es darum ging, den Volkszorn durch möglichst rabiate Vorschläge anzuheizen. Prominente erklärten, dass sie mit *Ungeimpften* nicht mehr in einem Büro arbeiten oder am Filmset mit ihnen drehen würden. Andere gaben zum Besten, *Ungeimpfte* zu Weihnachten nicht in ihre Wohnung zu lassen. In einem Land, das es bis heute nicht schafft, allen Kindern systematisch Zugang zu den traditionellen, jahrzehntelang erprobten Impfungen gegen Masern, Polio, Diphtherie und Mumps zu geben, wurden unbescholtene Bürger wegen einer fehlenden Injektion öffentlich als *Bekloppte* und *Tyrannen*, als *asoziale Trittbrettfahrer* und sogar als *gefährliche Sozialschädlinge* verleumdet. Ihnen wurde eine Streichung des Arbeitslosengeldes oder die Verweigerung medizinischer Behandlungen angedroht. Sie wurden mit 2G wie hochinfektiöse Aussätzige im Mittelalter aus dem gesamten öffentlichen Leben verbannt, obwohl es dafür schon wegen des fehlenden Fremdschutzes der Impfung keinerlei Begründung gab. Seit Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht müssen ganze Berufsgruppen sogar um den Verlust ihres Arbeitsplatzes bangen. Zwar wurde diese Regel wegen des eklatanten Pflegekräftemangels nur sporadisch umgesetzt, aber das Damoklesschwert blieb – bis heute.

Der Hass, der den *Ungeimpften* im letzten Herbst und Winter an vielen Stellen entgegenschlug, hat vor allem eines gezeigt: wie leicht sich in einer von Angst und Verunsicherung zerfressenen Gesellschaft der kollektive Wahn entfachen lässt, eine spezielle Minderheit trage die

Verantwortung für alles Unheil. Und wie ungehemmt sich ein solcher Wahn selbst in unseren modernen, vermeintlich aufgeklärten Zeiten entladen kann. Wer dachte, so etwas sei heute nicht mehr möglich, wurde eines Besseren belehrt. Und wer glaubte, derartige Rückfälle ins Mittelalter könnten allenfalls von Rechtsaußen kommen, auch.

Sicher, es wurde niemand gelyncht und es brannten keine Scheiterhaufen. Trotzdem hätte eine solche Kampagne gegen eine Minderheit, die nichts getan hatte, als von ihrem Recht auf körperliche Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, in einer liberalen Gesellschaft niemals möglich sein dürfen. Dass alle in unserem Verfassungsgefüge eingebauten Schutzmechanismen versagt haben, muss zu denken geben. Denn es bedeutet, dass sich das Geschehene wiederholen kann. Dann trifft es vielleicht Kriegsgegner, die wegen *prorussischer Umtriebe* am öffentlichen Pranger stehen. Oder die Anführer sozialer Proteste, die schon deshalb *rechte Populisten* sein müssen, weil sich irgend ein Richter auf ihre Kundgebungen verirrt hat, den der anwesende *Haltungsjournalist* zielsicher findet und interviewt. Womöglich trifft der Bann auch Leute, die sich gegen die Installierung irgendeiner Überwachungs-App auf ihrem Handy entscheiden oder sich durch anderes als unzuverlässige Untertanen outen.

Das linksgrüne Milieu, das unablässig den *Kampf gegen rechts* im Munde führt, ist kein Bollwerk gegen solche Gefahren, sondern selbst die wichtigste Ursache des Problems. Just bei denen, die sich in der Tradition des Antiautoritarismus wännen, lässt sich eine mittlerweile beängstigende Hinwendung zum Autoritären beobachten, die auch zunehmend Gefallen an staatlichen Repressionsinstrumenten findet.

Ganz vorn in ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Ampel zu dem Ziel, *Verfassungsfeinde* aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Der bayerische SPD-Spitzenkandidat zur letzten Bundestagswahl forderte, sämtliche Querdenker und AfD-Mitglieder aus dem Staatsdienst zu feuern.⁷ Zuweilen wurde auch schon nach einem neuen Radikalenerlass gerufen. Und es gibt bereits mehrere Bundesländer, in denen sich angehende Richter und sogar Referendare einer Regelüberprüfung beim Verfassungsschutz unterziehen müssen.

Natürlich möchte niemand, dass Neonazis Recht sprechen oder Kinder in der Schule von Reichsbürgern unterrichtet werden. Aber das lässt sich auch im Rahmen der geltenden Gesetze verhindern. Volksverhetzung oder der Aufruf zur Gewalt stehen in Deutschland unter Strafe. Wem strafrechtlich relevantes Fehlverhalten nachzuweisen ist, der kann seines Amtes enthoben werden. Aber wer ist ein *Querdenker*? Wer ein *Verfassungsfeind*? Für keinen dieser Begriffe gibt es valide, überprüfbare Kriterien. Ausgerechnet dem notorisch intransparenten Verfassungsschutz die Definition zu überlassen, öffnet Willkür, Überwachung und Einschüchterung Tür und Tor. Dass staatliche Gesinnungsschnüffelei eine freiheitliche Ordnung schon deshalb nicht schützen kann, weil sie ihren Grundwerten diametral entgegensteht, war die wichtigste Lehre, die Deutschland aus den fatalen Erfahrungen mit dem *Radikalenerlass* der siebziger Jahre gezogen hatte. Ist das alles vergessen?

Wir waren gewohnt, zu glauben, dass der Angriff auf die Meinungsfreiheit, die Demokratie und die Grundfesten unserer liberalen Gesellschaft nur von ganz rechts kommen kann. Auch diese Gefahr ist nicht gebannt. Aber sie ist nicht die einzige. Der moralisierende Linksliberalismus ist längst in einen neuen Autoritarismus gekippt, der totalitäre Züge trägt und die liberale Demokratie durch eine extreme Verengung des geduldeten Meinungsspektrums, durch missionarischen Erziehungseifer, Konformitätsdruck, Stigmatisierung und Ausgrenzung untergräbt.

Juli 2022

VORWORT

Während dieses Buch geschrieben wurde, eskalierten in den Vereinigten Staaten die Auseinandersetzungen. Trump-Anhänger standen Trump-Gegnern unversöhnlich gegenüber. Es gab seit Langem keinen demokratischen Regierungswechsel mehr, der von so viel Unsicherheit, Hass und Gewalt begleitet wurde. Am Tag der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten glich das Capitol in Washington einer Festung im Kriegszustand.

Auch wenn die Trennlinien in den USA besonders tief und die sozialen Gegensätze besonders groß sind, auch wenn das aufgeheizte Klima dort besonders gefährlich ist, weil viele US-Bürger Waffen besitzen: Amerika ist kein Einzelfall. Es ist leider nicht unwahrscheinlich, dass die Bilder aus den Vereinigten Staaten uns wie durch ein Brennglas in unsere eigene Zukunft schauen lassen, – wenn wir nicht den Mut aufbringen, möglichst bald einen neuen Weg einzuschlagen. Denn auch Deutschland ist tief gespalten. Auch hier zerfällt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Auch in unserem Land ist aus dem gesellschaftlichen Miteinander ein über weite Strecken feindseliges Gegeneinander geworden. *Gemeinwohl* und *Gemeinsinn* sind Worte, die aus der Alltagssprache nahezu verschwunden sind. Das, was sie bezeichnen, scheint nicht mehr in unsere Welt zu passen.

Emotionen ersetzen Argumente

Mit Corona wurde es besonders schlimm. Während Millionen Menschen in oftmals schlecht bezahlten Berufen nach wie vor ihr Bestes

gaben, um unser gesellschaftliches Leben aufrechtzuerhalten, herrschte in vielen Medien, Online-Portalen und bei Facebook und Twitter Bürgerkriegsstimmung. Der Riss ging durch Familien und beendete Freundschaften. Bist du für oder gegen den Lockdown? Nutzt du die Corona-Warn-App? Lassen Sie sich etwa nicht impfen? Wer den Sinn und Nutzen der Schließung von Kitas und Schulen, von Gaststätten, Geschäften und vielen anderen Gewerben auch nur teilweise in Zweifel zog, musste sich den Vorwurf gefallen lassen, dass ihm Menschenleben egal wären. Wer gleichwohl anerkannte, dass Covid-19 ein gefährliches Virus ist, wurde ähnlich aggressiv von denen attackiert, die in allem nur Panikmache sahen. Respekt vor dem Andersdenkenden? Ein sachliches Abwägen von Argumenten? Keine Chance. Statt miteinander zu reden, schrie man sich nieder.

Doch die Diskussionskultur hat sich nicht erst mit Corona aus unserer Gesellschaft verabschiedet. Schon frühere Kontroversen wurden ähnlich ausgetragen. Es wurde moralisiert statt argumentiert. Geballte Emotionen ersetzten Inhalte und Begründungen. Die erste Debatte, bei der das offensichtlich wurde, war die über Zuwanderung und Flüchtlingspolitik, ein Thema, das nach der deutschen Grenzöffnung im Herbst 2015 fast drei Jahre lang alle anderen überlagerte. Damals hieß das Regierungsnarrativ nicht *Lockdown*, sondern *Willkommenskultur*, und Widerspruch war mindestens so unerwünscht wie zu Corona-Zeiten. Während der politische Mainstream seinerzeit jeden, der Besorgnis äußerte oder auf die Probleme unkontrollierter Zuwanderung hinwies, als Rassisten ächtete, formierte sich auf der Gegenseite des politischen Spektrums eine Bewegung, die den Untergang des Abendlandes bevorstehen sah. Tenor und Tonfall waren ähnlich unveröhnlich wie in der Diskussion über eine sinnvolle Corona-Politik.

Nicht viel sachlicher verlief die Klimadebatte, die das Jahr 2019 dominierte. Nun ging es nicht mehr um den Untergang des Abendlandes, sondern gleich um den der ganzen Menschheit. *Klimafreunde*, die *Panik* für eine angemessene Reaktion hielten, kämpften gegen echte und vermeintliche *Klimaleugner*. Wer weiterhin mit seinem alten Diesel unterwegs war, sein Schnitzel im Discounter kaufte oder

sich noch höhere Strom- und Spritpreise nicht leisten konnte, durfte nicht mit Gnade rechnen. Die mittlerweile als größte Oppositionspartei im Bundestag vertretene AfD feuerte im Gegenzug Salven gegen die »*linksgrün-versiffte Meinungsdictatur*«.

Es scheint, dass unsere Gesellschaft verlernt hat, ohne Aggression und mit einem Mindestmaß an Anstand und Respekt über ihre Probleme zu diskutieren. An die Stelle demokratischen Meinungsstreits sind emotionalisierte Empörungsrituale, moralische Diffamierungen und offener Hass getreten. Das ist beängstigend. Denn der Weg von verbaler Aggression zu handfester Gewalt ist kurz, wie nicht zuletzt die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten zeigen. Die Frage stellt sich daher: Woher kommt die Feindseligkeit, die unsere Gesellschaft mittlerweile bei fast jedem großen und wichtigen Thema spaltet?

Wer vergiftet das Meinungsklima?

Die übliche Antwort auf diese Frage lautet: Schuld sei *die erstarkende Rechte*. Schuld seien Politiker wie Donald Trump, der mit seinen Pöbeleien und seinen bössartigen Tweets die Menschen aufgestachelt und Verbitterung und Feindschaft gesät hat. Schuld seien Parteien wie die AfD, die Hass schüren und Hetze verbreiten. Schuld seien schließlich die sozialen Medien, die Lügen und Hasskommentaren einen gewaltigen Resonanzraum bieten und in denen sich jeder nur noch in seiner eigenen Filterblase bewegt.

Das ist alles nicht falsch. Politiker der äußersten Rechten tragen in jedem Fall dazu bei, das politische Klima zu vergiften. Die USA nach Donald Trump sind ein noch tiefer gespaltenes Land als die USA vor Donald Trump. Wenn der AfD-Politiker Björn Höcke Andersdenkende kurzerhand »*ausschwitzten*« möchte, kann einem durchaus das Grausen kommen. Auch dass die sozialen Medien Aggression und Niedertracht fördern, weil sie genau darauf programmiert sind, stimmt. All das hat unsere Diskussionskultur nicht verbessert. Aber es ist trotzdem nur ein Teil der Erklärung. Denn die Wahrheit ist: Das Meinungsklima wird nicht nur von rechts vergiftet. Die er-

stärkste Rechte ist nicht die Ursache, sondern selbst das *Produkt* einer zutiefst zerrissenen Gesellschaft. Es hätte keinen Donald Trump und auch keine AfD gegeben, wenn ihre Gegner ihnen nicht den Boden bereitet hätten.

Sie haben den Aufstieg der Rechten *ökonomisch* vorbereitet, indem sie soziale Absicherungen zerstört, die Märkte entfesselt und so die gesellschaftliche Ungleichheit und die Lebensunsicherheit extrem vergrößert haben. Viele sozialdemokratische und linke Parteien haben den Aufstieg der Rechten aber auch *politisch* und *kulturell* unterstützt, indem sie sich auf die Seite der Gewinner schlugen und viele ihrer Wortführer seither die Werte und die Lebensweise ihrer einstigen Wählerschaft, ihre Probleme, ihre Klagen und ihre Wut verächtlich machen.

Der Linkliberalismus: weder links noch liberal

Für die Weltsicht dieser neuen Linken, die die Seiten gewechselt haben, hat sich seit einiger Zeit der Begriff des *Linkliberalismus* etabliert. Der Linkliberalismus in diesem modernen Sinn des Worts ist Gegenstand des ersten Teils dieses Buches. Er ist eine relativ junge geistig-politische Strömung, die erst in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlichen Einfluss gewonnen hat. Der Name *Linkliberalismus* führt allerdings in die Irre. Genau besehen ist die so bezeichnete Strömung nämlich weder links noch liberal, sondern widerspricht in Kernfragen beiden politischen Richtungen.

Ein wichtiger Anspruch jedes *Liberalismus* etwa ist Toleranz im Umgang mit anderen Meinungen. Den typischen Linkliberalen dagegen zeichnet gerade das Gegenteil aus: äußerste Intoleranz gegenüber jedem, der seine Sicht der Dinge nicht teilt. Auch kämpft der Liberalismus traditionell für rechtliche *Gleichheit*, der Linkliberalismus dagegen für Quoten und Diversity, also für die *ungleiche* Behandlung unterschiedlicher Gruppen.

Zum *linken* Selbstverständnis wiederum gehörte es immer, sich vor allem für die einzusetzen, die es schwer haben und denen die Gesell-

schaft höhere Bildung, Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt. Der Linksliberalismus dagegen hat seine soziale Basis in der gut situierten akademischen Mittelschicht der Großstädte. Das bedeutet nicht, dass jeder Akademiker mit gutem Einkommen, der in einer großen Stadt wohnt, ein Linksliberaler wäre. Aber in diesem Milieu ist der Linksliberalismus zu Hause und aus dieser vergleichsweise privilegierten Schicht kommen seine Meinungsführer. Linksliberale Parteien wiederum wenden sich vor allem an die Bessergebildeten und Besserverdienenden und werden in erster Linie von ihnen gewählt.

Linksliberale sind also zweierlei nicht: Sie sind keine *linken Liberalen*, also Liberale, die sich nicht nur für Freiheit, sondern auch für soziale Verantwortung interessieren. Solche Liberalen gab es lange Zeit in der FDP und es gibt sie heute wahrscheinlich noch häufiger außerhalb der Freidemokraten. Mit dem modernen Linksliberalismus haben sie nichts zu tun. Linksliberale sind aber auch keine *liberalen Linken*, also Linke, die sich von totalitären und illiberalen Traditionen abgrenzen. Im Gegenteil, dieses Buch ist ein ausdrückliches Plädoyer für eine liberale, tolerante Linke anstelle jener illiberalen *Denkströmung*, die heute für viele das Label *links* besetzt. Liberale Linke im Wortsinn sind also nicht gemeint, wenn in diesem Buch von Linksliberalismus die Rede ist.

Illiberalismus und Intoleranz

Am Niedergang unserer Debattenkultur hat der Linksliberalismus großen Anteil. Linksliberale Intoleranz und rechte Hassreden sind kommunizierende Röhren, die sich gegenseitig brauchen, gegenseitig verstärken und voneinander leben. Ob Flüchtlingspolitik, Klimawandel oder Corona, es ist immer das gleiche Muster: Linksliberale Überheblichkeit nährt rechte Terraingewinne. Und je lauter die Pöbeleien von rechts, desto mehr fühlt sich der Linksliberale in seiner Position bestärkt. Nazis sind gegen Zuwanderung? Also muss jeder Zuwanderungskritiker ein verkappter Nazi sein! Klimaleugner lehnen CO₂-Steuern ab? Also steckt wohl mit ihnen unter einer Decke,